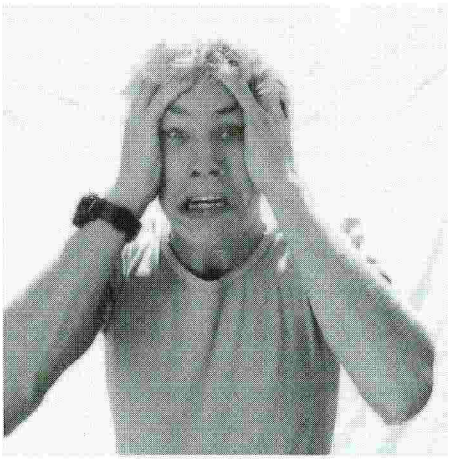
Großes Theater für's Publikum

Hochschulreform und Öffentlichkeit

Bei den Auseinandersetzungen darum, welche Veränderungen für die Hochschulen sinnvoll wären, dient die Öffentlichkeit vor allem als Druckmittel um die äußerst beharrlichen Institutionen der Wissenschaft in Bewegung zu bringen. In dieser Form zur taktischen Größe herabgesunken und keineswegs mehr für die Formulierung von Interessen und Bedürfnissen eingeplant, wird die wie auch immer definierte »Öffentlichkeit« zum uninformierten Publikum von Inszenierungen, die ganz andere Interessen transportieren sollen. Peer Pasternack kommentiert die Dramaturgie.



In der Meeresbiologie gibt es ein zentrales methodisches Problem: Um Tiere wissenschaftlich beobachten zu können, muss mittels eines Käfigs ein Stück natürlicher Lebensraum isoliert werden, denn andernfalls lassen sich zwar gewiss Tiere beobachten, aber nur höchst selten die jeweils selben Exemplare. Sobald aber der natürliche Lebensraum zu Untersuchungszwecken mit Hilfe des Käfigs unterteilt wird, ist nicht mehr alles so, wie es vorher war: Außerhalb des Käfigs geht das Leben fort wie gewohnt, innerhalb ist einerseits die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, andererseits die Gefahr durch äußere FeindInnen oder Nahrungskonkurrenz ausgeschaltet.[1] Welche Zuverlässigkeit haben nun wissenschaftliche Erkenntnisse, die unter solchen zwar realitätsnahen, aber nicht realitätsidentischen Umständen gewonnen werden?

Diese Frage drängt sich auch HochschulanalytikerInnen auf, die von der Tauchkapsel aus den aktuellen deutschen Reformbetrieb betrachten, welcher ringsherum stattfindet. Denn so viele – goldene – Käfige für Modellversuche hat es selten für die deutschen Hochschulen gegeben. Das *Volkswagen-Stiftungs*-Programm *„Leistungsfähigkeit durch Eigenverantwortung"*[2], die *Reformuniversitäten-* und *Reformfakultäten-Programme* des *Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft*[3] sowie das Coaching durch das von der *Bertelsmann-Stiftung* finanzierte *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) sind nur die auffälligsten »Versuchskäfige«, in denen finanziell unterstützte, evaluierend begleitete und durch die Autorität der FördererInnen abgestützte Projekte realisiert werden. Parallel dazu existieren zahlreiche (kleinere) Programme auf Länderebene oder von AkteurInnen der Bundesebene, welche die finanziellen, politischen oder/und organisatorischen Reformerschließungskosten abdecken – begleitet von atemlosen Novellierungen der Landeshochschulgesetze.

Die aktuellen Hochschulreformbestrebungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht oder nur bedingt unter realen Feldbedingungen stattfinden. Dies wird nicht endlos andauern. Das Ziel der »Käfig«-Phase ist die selbsttragende Reform. Auf dass diese irgendwann zustande komme, gibt es parallel einige Bemühungen, die Öffentlichkeit zu konditionieren. Die Hochschulen, die sich nicht von allein in die gewünschten Reformrichtungen bewegen, sollen in den Sog eines öffentlichen Mainstreams geraten, so dass der Widerstand gegen Veränderungen letztlich kräftezehrender wäre als ein – wenn auch begeisterungsloses – Mitmachen.

Zentrale Problemdefinitionen

Selbstredend werden nicht allein außerhalb der Hochschulen, sondern auch in diesen selbst eigene Unzulänglichkeiten wahrgenommen. Die daraus resultierenden wichtigsten Problembestimmungen sind: schwerfällige und wenig leistungsfördernde Mittelbewirtschaftung; insuffiziente Entscheidungsstrukturen, zusammengefasst im Schlagwort von der »Krise der Gruppenuniversität«; Qualität(-sunterschiede in) der Lehre. Die Politik identifiziert noch sehr viel mehr Probleme: Ineffizienz der Hochschulen und Innovationsresistenz; zu lange durchschnittliche Studiendauer und die hohe Zahl von StudienabbrecherInnen; unzureichende Abgestimmtheit zwischen Studienangeboten, Studierneigungen und Arbeitsmarkt; Hochschule als Standortfaktor. Daneben akzeptiert die Politik verbal zwei weitere Probleme als wichtig, stuft sie aber aus fiskalischen Gründen zugleich als nachgeordnet ein: Hochschulfinanzierung und Studienfinanzierung.

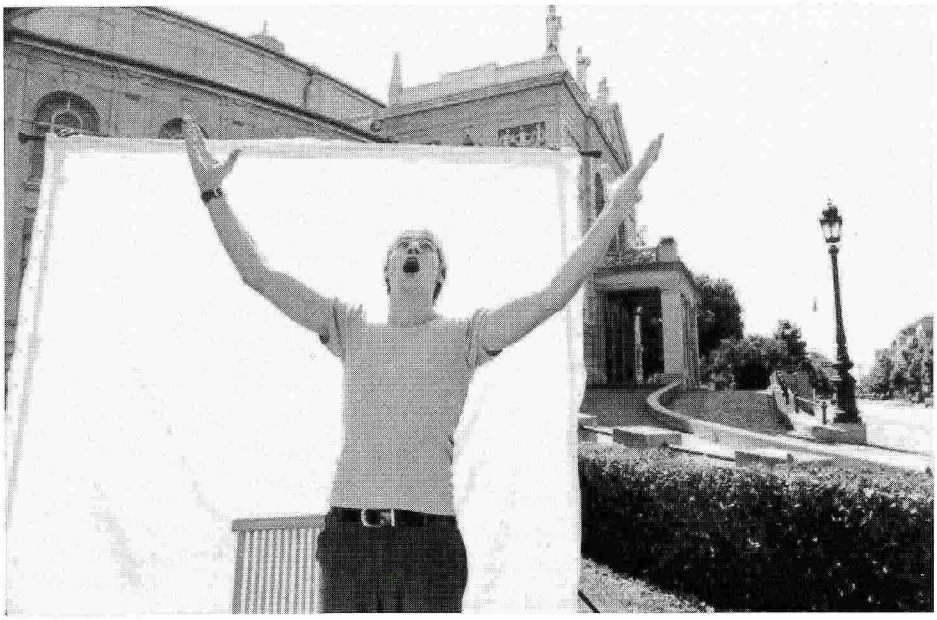
Von den Problemdefinitionen geht der Weg zu den Themensetzungen. Diese lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Die Hochschulen sollen mit verminderten Mitteln erweiterte Leistungen erbringen. Das ist eine widersprüchliche Anforderung und insoweit wiederum ein Problem. Dieses lässt sich, so die mittlerweile weit verbreitete Auffassung, sinnvoll bearbeiten, indem es zur Herausforderung umdefiniert wird: zur Herausforderung für die Steuerung des Sektors insgesamt wie der einzelnen Institutionen. Die Steuerbarkeit der Hochschulen wird als unzulänglich empfunden, denn die als notwendig definierte Leistungserweiterung und -verdichtung schreitet in der Wahrnehmung von Politik, Öffentlichkeit und

Wirtschaft nicht in erforderlichem Maße voran. Die Reaktionen darauf gehen in zwei Richtungen:
Zum einen werden Eingriffsmöglichkeiten von außen favorisiert, was i.d.R. zusätzliche ministerielle Steuerungskompetenzen meint. Zum anderen wird eine wettbewerbliche Selbststeuerung empfohlen. Wettbewerblichkeit setzt Austauschfähigkeit der Leistungen voraus, diese wiederum deren Bewertbarkeit. Damit ließen sich dann Erfolg und Misserfolg feststellen, wonach zugleich Ressourcen verteilt werden könnten. Hinter dem Vorschlag wettbewerblicher Selbststeuerung des Hochschulsektors steht daher die Erwartung, auf diese Weise objektivierte und intersubjektiv nachvollziehbare Maßstäbe zu erlangen. Wenn dann Erfolg und Misserfolg feststellbar geworden sind, ließen sich, so die Erwartung, In- und Outputs rational ins Verhältnis setzen.
Dominierend ist gegenwärtig die letztgenannte Reaktionsrichtung: Der Hochschulsektor und die einzelnen Hochschulen werden hierbei als ein *„Produktionssystem von wissenschaftlicher Qualifikation"* gesehen, das sich aus drei miteinander verbundenen Subsystemen zusammensetzt: der Ausbildung von Studierenden, der Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der Schaffung neuer Erkenntnisse durch die Forschung.[4] Dieses »Produktionssystem« könne im Prinzip mit dem gleichen wissenschaftlichen Instrumentarium wie Teilbereiche der Ökonomie analysiert werden und zu seiner Steuerung und effizienten Bewirtschaftung könnten gleiche oder ähnliche Mechanismen herangezogen werden, wie sie aus der marktwirtschaftlich verfassten Ökonomie bekannt sind.

Drei Öffentlichkeitsebenen

Die marktliberale Strömung der Politik verfügt mit ihrer ökonomisierenden Betrachtungsweise von Hochschule und Bildung über einen entscheidenden Vorteil gegenüber der etatistischen Richtung und den hochschulinternen Konzepten: Ihre gesellschaftliche Akzeptanz ist außerordentlich groß. Wer Markt, Wettbewerb und Leistung fordert, darf heute auf spontane Zustimmung rechnen, ohne größere argumentative Anstrengungen unternehmen zu müssen. Dennoch ist auch hier, um den einzelnen Beteiligten an der Diskussion gerecht zu werden, zu differenzieren. Die Wahrnehmung der aktuellen Hochschulprobleme wird von unterschiedlicher Tiefenkenntnis geprägt, was Folgen hinsichtlich vergröberter bzw. verfeinerter Problembeschreibung und Lösungssuche hat. Das ist nicht zwingend an die Zugehörigkeit zum einen oder anderen politischen Lager gebunden. Es finden sich ebenso grobschlächtig argumentierende EtatistInnen wie sublimiert formulierende Marktliberale. Diese Differenziertheit lässt sich in drei verschiedenen Öffentlichkeitsebenen modellieren, auf denen die aktuellen Hochschuldebatten stattfinden:

● In der so gen. breiten Öffentlichkeit heißt es: Gewiss hätten die Hochschulen zu wenig Geld, wer wolle dies bestreiten, doch weitaus mehr lägen die Probleme wohl darin, dass mit den zugestandenermaßen knappen Ressourcen unzulänglich gewirtschaftet werde. Für diese Auffassung lassen sich dann auch beliebte Klischees mobilisieren: von faulen oder vorrangig nebenerwerbstätigen ProfessorInnen über Studierende, die arbeitsscheu seien oder, in der sublimierten Variante, biografische Lebensentscheidungen vor sich herschöben, bis hin zu Hochschulgebäuden, die in den Semesterferien leerstehen. Kurz gefasst lautet auf dieser Öffentlichkeitsebene die Kernaussage, der finanzielle Input stünde in keinem vertretbaren Verhältnis zum Leistungsoutput der Hochschulen. Hier wird mithin das Effizienz-Argument in Anschlag gebracht.



● Auf einer nächsten Ebene herrscht ein etwas detaillierterer Blick vor. Die hochschulinterne Öffentlichkeit und die speziell an Hochschulfragen interessierte gesellschaftliche Teilöffentlichkeit insistiert, man dürfe nicht bloß das Input/Output-Verhältnis sehen; schließlich ginge es auch um Qualität und die spezifischen Ziele einer Hochschule. Und in der Tat: Eine Innovationsrate von Grundlagenforschung etwa ist kaum messbar, wie bspw. auch die Effizienz der Wirkungen eines musikwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsbetriebs auf das jeweilige städtische Kulturleben nicht zu ermitteln ist. Die auf dieser Ebene angesiedelten Teilöffentlichkeiten verweigern sich nicht grundsätzlich einer Effizienz-Betrachtung, wo diese angemessen scheint, möchten aber auch ziel- und qualitätsbezogene Wirkungsaspekte berücksichtigt sehen, kurz: Effizienz durch Effektivität ergänzt wissen.

● Eine dritte Öffentlichkeitsebene ist noch näher am Geschehen dran: Sie versammelt insbesondere professionelle HochschulanalytikerInnen sowie solche ReformakteurInnen, die die Hochschulen als Hochschulen und nicht als administrative Vollzugsorgane oder atomisierte Marktsubjekte reformieren möchten. Hier wird zum einen gesagt, Hochschulen existierten zur Bereitstellung gesellschaftlich relevanter Problemlösungen und es müsse gesellschaftliche Akzeptanz erzeugt werden, die dauerhaft ist, indem sie den langwelligen Wirkungszyklen hochschulischer Leistungen in Forschung und Lehre entspricht. Zum anderen wird betont, dass Hochschulen nicht gegen ihre Angehörigen zu reformieren seien, sofern sie anschließend noch Hochschulen sein sollen; mithin müssten jegliche Veränderungsansprüche intern als legitim gelten. Hier werden also, um es auf einen Begriff zu bringen, die Aspekte der Effizienz und Effektivität durch einen dritten Aspekt ergänzt: den der Legitimität.

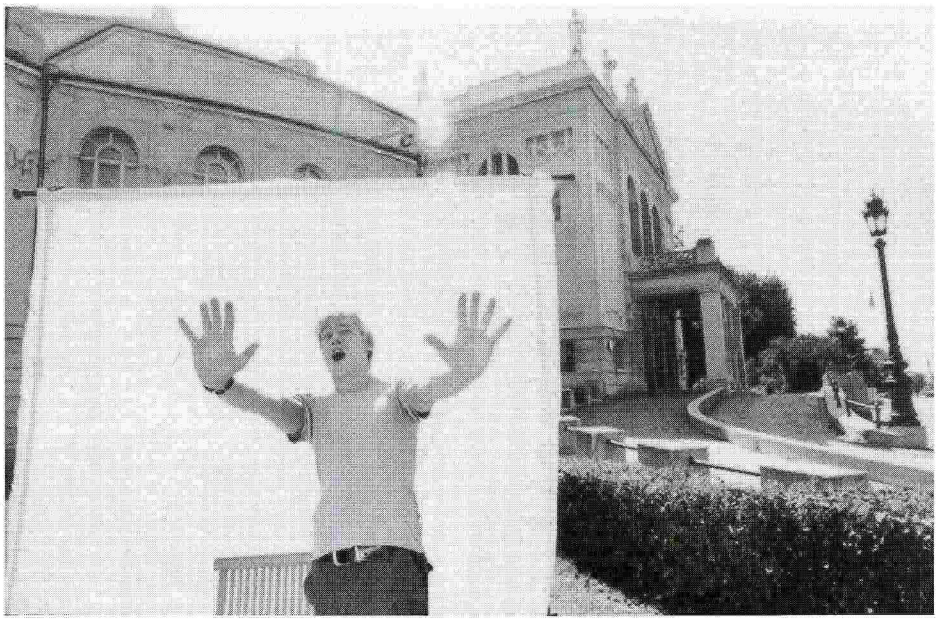
Der Charme der Betrachtungsweise auf der dritten Ebene liegt wohl im Anspruch der Verknüpfung der drei Elemente: Die gesellschaftlichen Ressourcen seien prinzipiell beschränkt und wo nicht aus dem Vollen geschöpft werden könne, brauche es Kriterien, nach denen Verteilungsentscheidungen getroffen werden können. Insoweit seien die Forderungen nach Leistungsfähigkeit und entsprechenden Input-Output-Vergleichen keineswegs von vornherein inakzeptabel. Gleichwohl sei nicht nur hinsichtlich der Quantitäten, sondern auch in Bezug auf die Qualitäten der hochschulischen Leistungen Optimalität anzustreben. Um Qualität erzielen zu können, müsse diese beschrieben werden, was eine Zielbestimmung der Hochschule voraussetze. Quantität und Qualität wiederum müssten dann rückgekoppelt werden an die Debatten der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, um der Hochschule Legitimität zu gewinnen.

Das dramaturgische Repertoire

Indes: So aufgeklärt, wie reflektierte AtkeurInnen es gern hätten, geht es selten zu. Dennoch steht auch für die Hochschulreformdebatte die Anforderung, für die öffent-

liche Wahrnehmung konsistent zu wirken. Also werden nicht nur Ideen erfunden und ventiliert, sondern diese Ideen auch mit einer Reihe von dramaturgischen Einfällen verbunden. Das sind z.B. Themenreduzierung, Ritualisierungen im Reformbetrieb oder systematische Inkonsequenzen. Ein paar Beispiele? Bitte:

Unter Themenreduzierung lässt sich die Zurückstutzung einer komplexen Debatte auf einen Topos oder einige wenige Topoi verstehen. Das muss nicht zwangsläufig holzschnittartig wirken, sondern kann im Gegenteil durchaus auch recht spitzfindig angelegt sein. Um so größer ist dann die Herausforderung an die je individuellen Fähigkeiten zur Selbstaufklärung. Exemplarisch dafür lässt sich eine ergötzliche Szene anführen, an der sich 1999 die hochschulpolitisch interessierte Öffentlichkeit erfreuen konnte.



Damals sprach Klaus Landfried, Präsident der *Hochschulrektorenkonferenz* (HRK), von *„faulen Professoren"* und den möglichen Techniken, diesen ihre Faulheit auszutreiben. Daraufhin hatte Hartmut Schiedermair, *Hochschulverband*spräsident, nun endlich die Faxen dicke. Er informierte die Öffentlichkeit darüber, dass Landfried selbst als Professor auch nie zu den Fleißigen gehört habe, keine Habilitation und auch sonst, naja. Das war freilich eine grobe Verletzung der Standesetikette – die Schiedermair selbst eigentlich niemandem zugestanden hätte, weshalb ihm die ganze Sache auch alsbald peinlich war und er nicht mehr drauf angesprochen werden mochte. Dennoch, da es nun einmal passiert war, musste diese Verletzung geahndet werden: Landfried, der eigentlich schon als angeschlagen gegolten hatte, wurde von seinen RektorenkollegInnen erneut zu ihrem Präsidenten gewählt.

Hochschulpolitisch interessanter war an diesen Vorgängen indessen etwas anderes. Im Kern nämlich stritten (und streiten) die HRK und der universitätsprofessorale *Hochschulverband* nicht darüber, wo die Begabungsreserven ihrer Präsidenten verborgen liegen. Vielmehr geht es darum, ob nun künftig die HochschullehrerInnen stark bleiben oder PräsidentInnen, RektorInnen und DekanInnen stark werden sollen, wer also künftighin in den Hierarchien des akademischen Betriebs bestimmend sein dürfe. Gleichzeitig aber hört man allerorten, dass jetzt auch an den Hochschulen mitarbeiterInnenorientierte Managementkonzepte ausbrechen sollen. Im öffentlichen Sektor heißt das New Public Management und ist zuvörderst auf flache Hierarchien, möglichst horizontale Aufgabenverteilung und Verantwortungsdelegierung nach unten orientiert. Dahinter steht, dass die wettbewerbsverzerrenden, motivationsschwächenden und daher leistungsmindernden Wirkungen von Hierarchien erkannt worden sind.

Nun dürfen Hierarchien nicht nur im marktliberalen, sondern auch im emanzipatorischen Sinne als abschaffungswürdig gelten. Doch sind Hochschulen trainiert im rhetorischen Bedienen und zugleich faktischen Unterlaufen von Außenanforderungen. So wird auch in dieser Sache, aller Voraussicht nach, das Publikum in den nächsten Jahren mannigfache Fantasieentfaltung beobachten können bei der Suche nach Mitteln und Wegen, die Hochschule optisch zu enthierarchisieren, ohne die bestehenden Hierarchien anzutasten. Genau dafür, nämlich für gelungenes Kommunikationsmanagement auf der Basis von Themenreduzierung, war der Landfried/Schiedermair-Konflikt von 1999 ein anschauliches Beispiel: Das eigentliche Problem, nämlich die Hierarchien, wurde wegdefiniert, indem man das Problem zur Lösung deklarierte und diese Deklaration gekonnt als Grundsatzstreit inszenierte. Man könnte diese Pirouette den Doppelten Landfriedermair nennen.

Ein anderes Beispiel: Im Schielen auf die nichtakademische Öffentlichkeit (und die DrittmittelgeberInnen) wird seit geraumer Zeit heftig aufgeräumt in der Wissenschaft, nämlich (fast) überall dort, wo Lug und Trug herrschen. Die Debatten über Fälschung in der Wissenschaft erwiesen sich – nach anfänglicher Irritation über die möglichen öffentlichen Verheerungen – als höchst geeignet, der Öffentlichkeit die Selbstreinigungsfähigkeit der Wissenschaft vorzuführen. Die beauftragten Untersuchungskommissionen, sobald sie nach Ursachen forschen, gelangen dann regelmäßig zu einem zentralen Befund. Sie entdecken betrugsfördernde Wirkungen der akademischen Hierarchien.

Man steht nicht an, auch die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren. Harte Worte fallen dabei. Hier weiß man: Was not tut, ist die Botschaft nach außen. Die Schlussfolgerungen freilich – nach innen zielend – sind dann nicht ohne Komik. Vorzugsweise werden wissenschaftsethische Selbstverpflichtungen empfohlen. Die Universität Freiburg etwa hat sich in ihren Grundsätzen zur *„Selbstkontrolle in der Wissenschaft"* redlich bemüht: *„Befunde und Ideen anderer Forschender sind (...) in gebotener Weise zu zitieren"*, heißt es dort mit nicht zu leugnender Radikalität.[5] Auch die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (DFG) hielt den zeitgenössischen akademischen Betrieb für so verworfen, dass sie die ethische Ermahnung auf 20 Seiten ausdehnte.[6]

Symbolische Selbsterhöhung

Solche gut gemeinten Papiere können selbstredend nichts ändern, solange die Strukturen, welche die Verwerfungen produzieren, kein Gegenstand der Veränderung sind. Daher tragen die Papiere auch nichts zur Bewältigung des akademischen Alltags bei, sondern überhöhen ihn, indem sie das so sympathische wie realitätsferne Bild guter Menschen zeichnen, die in problematischen Strukturen nicht adäquat, also problematisch, sondern gut handeln, obgleich sie sich damit u.U. die Grundlage entziehen, in diesen Strukturen weiterhin überhaupt handeln zu können.

Dafür werden aber auch im aktuellen Hochschulreformbetrieb Entlastungen geschaffen. Rituale und Ritualisierungen schaffen Handlungssicherheit für verunsicherte AkteurInnen, indem Banalitäten symbolisch überhöht werden, aber damit zugleich kanalisierende Wirkungen entfalten. Es soll ja nichts aus dem Ruder laufen. Ein im Prinzip unwichtiges, aber anschauliches Beispiel dafür lieferte unlängst die Technische Universität Dresden, als sie schrieb: *„Der Stifterverband hat unserer Universität den Titel einer »Reformuniversität« verliehen."*[7]

Nun werden im kulturellen Kontext, in dem sich auch die TU Dresden bewegt, säkulare Titel eigentlich durch den Staat oder durch vom Staat eigens dazu ermächtigte Institutionen verliehen. Der *Stifterverband* hat auch gar keine Titel verliehen, sondern ein Förderprogramm griffigerweise *„Reformuniversitäten"* genannt. Dass die Behauptung, mit der Aufnahme in das Förderprogramm einen Titel verliehen bekommen zu

haben, mehrfach und von verschiedenen Vertretern der Universität wiederholt wird, deutet zunächst auf eines hin: Hier besteht offenbar ein verfestigtes Eigenbild. Wie ist dieses zu interpretieren?

Zirkulär, nämlich so: Indem man sich selbst als Begünstigte einer Titelverleihungsaktion sieht, wird dem *Stifterverband* von den Universitätsvertretern implizit die Berechtigung zur Titelverleihung zugesprochen. Damit findet dessen Erhöhung zur quasi-hoheitlichen Einrichtung statt. Von dieser nun einen Titel verliehen bekommen zu haben, bewirkt eine zusätzliche symbolische Aufladung des an sich bereits die Universität symbolisch privilegierenden Vorgangs, in das Förderprogramm aufgenommen worden zu sein. Es handelt sich also um eine symbolische Selbsterhöhung. Welchen Stellenwert diese einnimmt, zeigt sich noch deutlicher, wenn eine deutliche Abstufung zweier Bestandteile des *Stifterverbands*-Engagements vorgenommen wird: *„Neben der Verleihung des Titels »Reformuniversität« wird die TU Dresden in der Umsetzung des Projektes auch finanziell vom Stifterverband unterstützt."*[8] *„Neben"*, *„auch"*: So werden die Voraussetzungen geschaffen, nach dem Ende der Käfig-Ära nicht gleich ungefilterte Realität spielen zu müssen.

Besser hingegen scheint es dann, ein paar bis dahin bereits ausgehärtete Diskursstränge im Rahmen korporativer Identität zu pflegen. Die TU Dresden hat dafür schon einmal ein neues corporate design entworfen, dessen Mittelpunkt das Logo in Form einer Schraube bildet. Eine Schraube lässt sich festsitzend oder locker vorstellen, was beides im Reformkontext u.U. problematisch sein kann. Ein ausgehärteter Diskursstrang jedenfalls ist heute schon derjenige der Effizienzorientierung – zugleich ein anschauliches Beispiel für systematische Inkonsequenzen in den Hochschulreformdebatten.

Beim Effizienzthema ist, um öffentliche Unterstützung zu mobilisieren, eine gewisse Kampfrhetorik üblich. Sie fordert die Inkaufnahme von Härten, Unbill und Infragestellung von Besitzständen um der übergeordneten Reformzwecke willen. Dies lässt sich angemessen oder unangemessen finden – verwundern darf, dass diese Effizienzorientierung bislang regelmäßig aussetzt, sobald es um die Initiierung bzw. Umsetzung potenzialadäquater Frauen gleichstellender Maßnahmen geht. Dann dominiert die Betonung von nur schwer und wenn überhaupt, höchstens behutsam zu überwindenden Hindernissen. Die Forderung nach einem optimalen Verhältnis von Input und Output ist immer dann nicht zu vernehmen, wenn die effiziente Mobilisierung derjenigen Ressourcen zu thematisieren wäre, die durch Frauen in den Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb eingebracht werden könnten.

Dies muss verwundern. Bekanntermaßen gibt es eine geschlechtsspezifische Hierachiepyramide: Einem 43 prozentigen Studentinnen-Anteil an deren Sockel steht ein 4,5 prozentiger C4-Professorinnen-Anteil an der Spitze gegenüber.[9] Sofern kein »wesensbedingtes« Talentgefälle zwischen Männern und Frauen hinsichtlich wissenschaftlicher Arbeit angenommen wird, bedeutet diese geschlechtsspezifische Hierachiepyramide eine eklatante Ressourcenvergeudung. Ginge es allein nach Leistungsfähigkeit, dürften in einer statistischen Betrachtung 38 % der männlichen C4-Professoren nicht auf ihren Professuren sitzen, da diese Stellen in ausschließlich wettbewerblich organisierten Bildungsbiografien durch Frauen erklommen worden wären. Ersatzweise müsste eine fast hälftige weiblich-männliche Besetzung der C4-Professuren in naher Zukunft erreicht werden. Doch bliebe es bei der bisherigen Steigerungsrate, so würde es noch acht Jahrzehnte bis zur paritätischen Besetzung der Professuren dauern.[10] Nun ließe sich mit einer »realitätsnäheren Betrachtung« argumentieren, also einer Betrachtung, die sich der anhaltenden Wirksamkeit traditionaler Prägungen und Rollenstrukturen bspw. bei der Kindererziehung oder der Frage, ob die Karriere des Ehemannes oder die der Ehefrau vorrangig betrieben werden soll, nicht verschließt. Doch auch diese kommt jedenfalls nicht zu dem Ergebnis, dass die Investitionen in die knappe (weibliche) Hälfte aller Studierenden optimal ausgeschöpft werden, wenn aus diesem Reservoir am Ende lediglich ein Zwanzigstel aller C4-Professuren besetzt wird. Hier gibt es folglich ein reiches Betätigungsfeld für WettbewerbsbefürworterInnen und EffizienzstreberInnen. Das freilich ist noch nicht allgemeines Gut der öffentlichen Hochschuldebatte.

Fazit

Unser Ausgangspunkt war, dass die selbsttragende Reform das Ziel der »Käfig«-Phase ist. Dem dienen einige Bemühungen, die Öffentlichkeit entsprechend zu konditionieren. Die Hochschulen sollen in den Sog eines erzeugten öffentlichen Mainstreams geraten. Dahinter lassen sich zwei Motive orten: Zum einen sollen die hochschulische Reformunlust und das hochschulinterne Reformunterwanderungspotenzial neutralisiert werden. Dieses Bestreben ist unspezifisch hinsichtlich der verfolgten Reformrichtungen: Die Beharrungskraft der deutschen Hochschule hat noch alle ReformerInnen, gleich welcher Couleur, zur Weißglut getrieben. Zum anderen werden, indem die Öffentlichkeit auch in Bezug auf Hochschul- und Bildungsfragen neoliberal zugerichtet wird, die Hochschulen weichgeklopft: Sie sollen am Ende die reduzierte Anzahl der Reformkorridore als gegeben hinnehmen und deren künstliche Verengung auch für das eigene Handeln akzeptieren.

Wie wir sehen konnten, haben die entsprechenden politischen Inszenierungen häufig durchaus auch Unterhaltungswert. Ob sie hingegen aufklärend oder vernebelnd wirken, darüber entscheidet vornehmlich die Konzentrationsfähigkeit des Publikums und sein Bedürfnis, irgend etwas zu durchschauen. Denn am Ende ist Hochschulreform, neben allem anderen, immer auch ein großes Theater, das für's Publikum inszeniert wird, wo nicht zuletzt über Intrigen die Rollen verteilt werden, LaienspielerInnen gegen StaatsschauspielerInnen antreten, sich große Häuser von der Off-Szene herausgefordert finden und gute Texte katastrophal inszeniert werden oder – in der Hochschulreform viel häufiger noch – schlechte Texte erstaunliche Veredelung durch eine bezaubernde Regie erfahren.

Anmerkungen

1) Vgl. Einar B. Olafsson/Charles H. Peterson/William G. Ambrose jr.: Does recruitment limitation structure populations and communities of macroinvertebrates in marine soft sediments: the relative significance of pre- and post-settlement processes, in: *Oceanography and Marine Biology* 1/1994, S.65-109, hier 73-80. In der deutschsprachigen Literatur wird dies sog. Käfigartefakt nicht diskutiert.
2) Vgl. *Volkswagen-Stiftung* (Hg.): Leistungsfähigkeit durch Eigenverantwortung. Hochschulen auf dem Weg zu neuen Strukturen, Hannover o.J. (1999)
3) Vgl. Reformuniversitäten: Wer macht was?, in: *Wirtschaft & Wissenschaft* 2/1998, S.3; *Stifterverband*-Jury kürt fünf Sieger. Hochschulreform-Wettbewerb *„ReformFakultäten"*, in: *Wirtschaft & Wissenschaft* 3/1999, S. 8f.; ReformFakultäten als Meilensteine für die Erneuerung von Forschung und Lehre, in: *Wirtschaft & Wissenschaft* 2/2000, S. 10f
4) Erich Hödl: Ökonomische Anreizsysteme zur Hochschulsteuerung, in: G. Grözinger/E. Hödl (Hg.), Hochschulen im Niedergang? Zur Politischen Ökonomie von Lehre und Forschung, Marburg 1994, S.147-163, hier 148
5) Albert-Ludwigs-Universität Freiburg: Selbstkontrolle in der Wissenschaft. Verabschiedet vom Senat in seiner Sitzung am 16. Dezember 1998, http://www.uni-freiburg.de/universitaet/kommissi.druck.htm (Zugriff: 25.5.1999)
6) Vgl. *Deutsche Forschungsgemeinschaft:* Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Empfehlungen der Kommission *„Selbstkontrolle der Wissenschaft"*. Denkschrift, Weinheim 1998, S.5-24. Vergleichbare Empfehlungen liegen von der *Max-Planck-Gesellschaft* (MPG), der *Fraunhofer-Gesellschaft* (FhG) und der *Hochschulrektorenkonferenz* (HRK) vor.
7) Technische Universität Dresden, der Kanzler (Hg.): Dezentrale Budgetverantwortung. Einführung in die Instrumente der Kosten- und Leistungsrechnung an der TU Dresden. Informationsbroschüre, o.O. o.J. (Dresden 1998), S.5
8) Ebd.
9) Vgl. *Wissenschaftsrat:* Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung, Mainz 1998, S.16 und 26
10) Anke Burkhardt: Wissenschaftlerinnen – Stiefkinder der ostdeutschen Hochschulerneuerung?, in: Beate Krais (Hg.): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt, Frankfurt/New York 2000, S.171-194, hier 189

Dr. Peer Pasternack ist Politikwissenschaftler am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg